

Kurzprotokoll Nr. 30 vom 26. Februar 2014

Vorsitz Bruno Lüscher, Grossratspräsident, Aadorf
Anwesend 122 Mitglieder
Ort Rathaus Weinfelden

1. **Genehmigung Ersatzwahl eines Mitgliedes des Regierungsrates vom 9. Februar 2014** (12/WA 46/209). Mit 120:0 Stimmen genehmigt der Rat die am 9. Februar 2014 erfolgte Ersatzwahl von Regierungsrätin Carmen Haag, Stettfurt.
2. **Gesetz betreffend die Änderung des Gesetzes über Beitragsleistungen an die Schulgemeinden und Verordnung betreffend die Änderung der Verordnung über die Besoldung der Lehrkräfte** (12/VO 3/135)

Verordnung betreffend die Änderung der Verordnung über die Besoldung der Lehrkräfte vom 18. November 1998 (2. Lesung). Die Vorlage passiert die 2. Lesung ohne Diskussion. Die Redaktionslesung und die Schlussabstimmung erfolgen an der nächsten Ratssitzung.

Gesetz betreffend die Änderung des Gesetzes über Beitragsleistungen an die Schulgemeinden (Beitragsgesetz) vom 3. März 2010 (2. Lesung). In der 2. Lesung wird mit 59:57 Stimmen einem Antrag zugestimmt, § 2 Abs. 1 wie folgt zu ändern: "Die Eckwerte für die Berechnung der Beiträge sind so festzusetzen, dass es einer Volksschulgemeinde möglich ist, den Aufwand mit einem Steuerfuss von 100 % zu decken." Der entsprechenden Anpassung von § 8 wird mit 60:0 Stimmen zugestimmt. § 8 Abs. 1 Ziff. 1 und 2 werden wie folgt angepasst: "1. Volksschulgemeinden: 57 %" und "2. Primarschulgemeinden: 32 %". Die Redaktionslesung und die Schlussabstimmung erfolgen an der nächsten Ratssitzung.

3. **Motion von Toni Kappeler und Klemenz Somm vom 13. Februar 2013 "Verdichtet bauen - auch bei Parkplätzen"** (12/MO 10/82) (Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung). Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären. Nach Diskussion im Rat wird die Motion mit 64:55 Stimmen erheblich erklärt. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung der Botschaft an den Grossen Rat.
4. **Motion von Roland Huber, Margrit Aerne, Cäcilia Bosshard, Turi Schallenberg und Kristiane Vietze vom 17. April 2013 "Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für ein niederschwelliges Berufsausbildungs-Angebot"** (12/MO 16/112) (Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung). Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären. Nach Diskussion im Rat wird die Motion mit 59:52 Stimmen erheblich erklärt. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung der Botschaft an den Grossen Rat.

Zur Veröffentlichung

- im Amtsblatt
- auf Internet <http://www.tg.ch/parlament>